



Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Inhalt

Die 58. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode.....	2
Klares Nein zur Schließung der Bezirksgerichte.....	3
Kaserne Aigen im Ennstal unverzichtbar für Sicherheit der Steirerinnen und Steirer	4
Landtag beschließt einstimmig den Regionalen Mobilitätsplan Oststeiermark und setzt sich für Erhalt der steirischen Regionalbahnen ein	5
Klimaneutraler Wohlstandserhalt durch Arbeit und Regionalität	6

Die 58. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode

Die 58. Landtagssitzung der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode fand am 15. Oktober 2019 statt.

Die Tagesordnung umfasste insgesamt 25 reguläre Punkte, sowie einen Nachtragstagesordnungspunkt.

Es gab vier Dringliche Anfrage, eine Befragung an ein Mitglied der Landesregierung sowie eine Aktuelle Stunde.

Ein Auszug der wichtigsten Inhalte der Sitzung findet sich auf den kommenden Seiten.

Klares Nein zur Schließung der Bezirksgerichte

Eine Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer betreffend: „Drei Bezirksgerichte vor dem Aus: Droht der Steiermark die nächste Schließungswelle?“ beantwortete der Landeshauptmann mit einem klaren Nein. Ein gemeinsamer Entschließungsantrag von ÖVP, FPÖ und SPÖ, der den Erhalt der derzeitigen Bezirksgerichte Murau, Mürzzuschlag und Schladming sichern soll, wurde einstimmig angenommen.

„Die Schließung der Bezirksgerichte Murau, Mürzzuschlag und Schladming kommt für uns nicht in Frage. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer hat bereits sehr klar festgestellt, dass das keine Option ist“, so die Zweite Landtagspräsidentin und regionale Abgeordnete **Manuela Khom** (ÖVP). In der heutigen Landtagssitzung hat sich der Landtag einstimmig gegen die Schließung der Bezirksgerichte ausgesprochen. „Das ist ein klares Bekenntnis des Landtages für den ländlichen Raum“.

Nach den durchgeführten Reformen sei die Steiermark so gut aufgestellt, dass es im Bereich der Bezirksgerichte keine Notwendigkeit für weitere Strukturmaßnahmen gäbe, stellte Khom klar. Die Unterschriftenaktion der FPÖ im Bezirk sei daher lediglich als PR-Maßnahme für den Landtagswahlkampf zu bewerten denn es geht um Lösungen und nicht um Forderungen. Im Übrigen seien die ersten Schließungen der Bezirksgerichte damals unter dem freiheitlichen Justizminister Dieter Böhmdorfer erfolgt.

Kaserne Aigen im Ennstal unverzichtbar für Sicherheit der Steirerinnen und Steirer

Für die Katastrophenhilfe und die Sicherheit der Steirerinnen und Steirer sind die Hubschrauberstaffel und die engagierten Soldatinnen und Soldaten unverzichtbar. Zusätzlich ist die regionale Bedeutung der Kaserne Aigen bzw. der Hubschrauberstaffel und der damit verbundenen Arbeitsplätze hervorzuheben. Zum Erhalt des Standortes, der Hubschrauberstaffel und der Typenwerft ist es unerlässlich, dass der laufende Beschaffungsvorgang im Verteidigungsministerium, für neue Hubschrauber als Nachfolgermodell für die Alouette, rasch abgeschlossen wird.

Der Landtag hat daher beschlossen, sich zum Standort der Kaserne Aigen im Ennstal und den Erhalt der Hubschrauberstaffel und Typenwerft zu bekennen. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten um den Standort der Kaserne Aigen im Ennstal mit Hubschrauberstaffel und dazugehöriger Typenwerft zu erhalten sowie den laufenden Beschaffungsvorgang für die neuen Mehrzweckhubschrauber als Nachfolgemodell für die Alouette III rasch abzuschließen.

Der Antrag von ÖVP, SPÖ, Grüne und KPÖ wurde einstimmig angenommen.

Landtag beschließt einstimmig den Regionalen Mobilitätsplan Oststeiermark und setzt sich für Erhalt der steirischen Regionalbahnen ein

In der 58. Sitzung des Landtages Steiermark wurde der Regionale Mobilitätsplan (RMP) für die Oststeiermark beschlossen. Der Plan wurde seit Herbst 2018 in einem partizipativen Prozess mit intensiven Workshops und Sitzungen, unter Einbeziehung der regionalen Verkehrsträger und Entscheidungsträger ausgearbeitet und bietet die Grundlage für die Weiterentwicklung der Region. Außerdem wurde ein Entschließungsantrag von ÖVP und SPÖ zum Erhalt der steirischen Regionalbahnen beschlossen.

„Mobilität ist wesentlich für alle Bereiche. Der RMP Oststeiermark berücksichtigt den öffentlichen Verkehr, FußgängerInnenverkehr, Radverkehr und den motorisierten Individualverkehr. Besondere Schwerpunkte liegen neben der Verkehrssicherheit beim Ausbau und der Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs sowie der Attraktivierung des Bahn- und Busverkehrs, aber natürlich auch ganz klar bei der Schaffung von Mikro-ÖV-Angeboten“, so der regionale VP-Abgeordnete **Hubert Lang**.

Im Zusammenhang mit dem RMP Oststeiermark wurde auch ein gemeinsamer Entschließungsantrag von ÖVP und SPÖ zum Erhalt der steirischen Regionalbahnen eingebracht und einstimmig beschlossen.

„Wir brauchen ein gemeinsames Investitionsprogramm mit dem Bund für den Erhalt und die Modernisierung der steirischen Regionalbahnen. Die Gleichenberger Bahn ist, ebenso wie die Radkersburger und die Thermenbahn, Thema bei den Verhandlungen mit dem Bund. Derzeit fehlen aber für langfristige Entscheidungen die Ansprechpartner. Sobald die Regierungsbildung auf Bundesebene abgeschlossen ist, muss die Landesregierung rasch die Verhandlungen aufnehmen und ein Investitionsprogramm ausverhandeln“, so der regionale Abgeordnete **Franz Fartek** (ÖVP).

Klimaneutraler Wohlstandserhalt durch Arbeit und Regionalität

Zu den Dringlichen Anfragen der Grünen den Klimaschutz betreffend, brachte die Steirische Volkspartei einen Entschließungsantrag ein.

Der Schutz des Klimas und der Umwelt ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Die Steirische Volkspartei will alles tun, um in Österreich und in Europa der Verantwortung für den Klimaschutz in der Steiermark gerecht zu werden. Grundlage für das Handeln sind die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens sowie die Ziele der Europäischen Union zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030. Diese Verpflichtung ist zu erfüllen. Dabei dürfen Nachhaltigkeit, soziale Verträglichkeit und Wirtschaft aber nicht im Widerspruch stehen, sondern einander unterstützen.

Für einen erfolgreichen Klima- und Umweltschutz braucht es nicht nur konkrete Ziele und Verhaltensänderungen, sondern auch neue und innovative Technologien im Klima- und Energiebereich. Neben Maßnahmen wie dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Elektromobilität oder andere Formen der klimafreundlichen Mobilität sowie der erneuerbaren Energie und der energetischen Gebäudesanierung spielt der Bereich Forschung und Entwicklung eine tragende Rolle im Klimaschutz.

Bereits bestehende Klimaschutz-Vorzeigeprojekte in der Steiermark sind z. B. Waldtypisierung zum Erhalt unserer heimischen Wälder, Masterplan Klimarisikomanagement sowie langjährige Projekte der Landesversuchsanstalten Haidegg und Wies zur Sicherung der Pflanzengesundheit und des Erhalts der genetischen Pflanzenvielfalt. Ebenso Bioenergy 2020+, das die vorwettbewerbliche industriebezogene Forschung im Bereich Bioenergie vorantreibt und innovative Technologien und Systemlösungen sowohl für eine nachhaltige biobasierte Ökonomie als auch für zukunftsfähige Energiesysteme erforscht., der Green Tech Cluster, der Holzcluster. Die Steiermark agiert hier bereits an vorderster Front und profitiert somit auch durch verringerte CO₂-Emissionen auf der einen Seite sowie durch wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze auf der anderen Seite. Dieses Wirkungsfeld stellt wiederum einen Beitrag zum Klimaschutz für andere Länder bzw. weltweit dar.

Die Steiermark hat sich als innovatives Industrie-, Technologie- und Agrarland zum Exportland entwickelt. 50 Prozent der steirischen Wirtschaftsleistung werden im Ausland verdient: Die international tätigen Unternehmen, aber auch unsere bäuerlichen Betriebe sorgen mit großem Engagement und unermüdlichem Einsatz für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze im Land.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Ein weiterer wichtiger Beitrag zum Thema Klimaschutz ist die Stärkung der Regionalität steirischer Lebensmittel. Einerseits werden dadurch die Absatzmärkte der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert, andererseits kommen dadurch die Menschen in der Steiermark verstärkt in den Genuss gesunder, leistbarer regionaler Lebensmittel der Region. Durch die Einführung eines eigenen steirischen Gütesiegels wäre es möglich, regionale Produkte aus den steirischen Regionen künftig zu kennzeichnen. Unterstützenswert ist auch das Grazer Projekt „Fairteiler“. Bereits ein Duzend öffentlich zugängliche „Fairteiler“ tragen dazu bei, dass Privatpersonen Lebensmittel, die sie nicht mehr benötigen, lagern und an andere Personen gratis weitergeben. Dieses System sollte auf weitere Teile der Steiermark ausgeweitet werden.

Um die Arbeitsplätze in der Steiermark in kleinen- und mittelständigen Unternehmen, der Urproduktion sowie in den Industrieregionen weiterhin sicherstellen zu können, ohne das Ziel des Klimaschutzes aus den Augen zu verlieren bedarf es globaler, einheitlicher Rahmenbedingungen und regionaler Maßnahmen unter Berücksichtigung ökosozialer Aspekte.

Der Landtag hat sich daher zu nachhaltigen Klimaschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung ökosozialer Aspekte bekannt. Die Schaffung von global einheitlicher Rahmenbedingungen bei der Klima- und Energiepolitik, um damit den Erhalt von Arbeitsplätzen und regionaler Wertschöpfung in der Steiermark, soll sichergestellt werden. Weiters sollen Dekarbonisierungsmaßnahmen vorangetrieben werden. Die Forcierung und Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich nachhaltiger Energietechnologien und der Klimawandelanpassung zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit heimischen Nahrungsmitteln ist dabei essentiell. Darüber hinaus soll es Forcierung von Projekten im Bereich der biogenen Energiebereitstellung geben, des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs, des umweltfreundlichen Güterverkehrs sowie von Mobilitätsmanagementprojekten und alternativen Mobilitätsformen.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPÖ angenommen.